

553

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 23. November 1973

Blatt 2217

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates  
Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages

Lokal: Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche  
Weihnachtsbaum glücklich in Wien  
Gelsenkirchenreise für den 110.000. Ausstellungsbesucher

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

sperre der eisenbahnkreuzung grillgasse

1 wien, 23.11. (rk) am 1. und 2. dezember wird die eisenbahnkreuzung im bereich grillgasse in simmering fuer den verkehr in beiden richtungen gesperrt, weil sie saniert wird. die umleitung erfolgt in richtung favoriten ueber die geiselbergstrasse, in richtung simmering durch die leberstrasse und die geiselbergstrasse. am montag, dem 3. dezember, wird die fahrtrichtung nach favoriten bereits ab 6 uhr frueh zur verfuegung stehen, am nachmittag wird die kreuzung wieder in beiden richtungen befahrbar sein.

in der brandstaette gilt die ganze kommende woche zwischen kramergasse und bauernmarkt ein beiderseitiges halteverbot, weil fuer eine detaillierete grundwasseruntersuchung im zuge des u-bahnbaues tiefbohrungen zur anbringung von messsonden durchgefuehrt werden muessen.

am samstag verkehrsarmer zonen

morgen, samstag, gelten heuer erstmals die bestimmungen ueber die verkehrsarmeren zonen in der meidlinger hauptstrasse zwischen niederhofstrasse und eichenstrasse sowie in der mariahilfer strasse zwischen kaiserstrasse und getreidemarkt. in der meidlinger hauptstrasse gilt das allgemeine fahrverbot zwischen 9 und 18.40 uhr, in der mariahilfer strasse zwischen 10 und 18.30 uhr. davon ausgenommen sind selbstverstaendlich die oeffentlichen verkehrsmittel, die in der mariahilfer strasse wie im vorjahr auch verstaerkt werden.

0929

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

23.11. (RK) Freitag um 10 Uhr trat der neugewählte Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Gemäß dem Ergebnis der Wahl vom 21. Oktober gehören dem Gemeinderat an: 66 Mandatare der SPÖ (bisher 63), 31 der ÖVP (bisher 30) und 3 der FPÖ (bisher 4).

Zur konstituierenden Sitzung erschienen die Gemeinderäte der SPÖ mit roten, die der ÖVP mit weißen Nelken. Auf der überfüllten Besuchergalerie sah man unter anderem die Landesvorsitzenden der SPÖ und ÖVP, Dritten Präsident des Nationalrates Otto Probst und Nationalratsabgeordneten Franz Bauer, sowie Staatssekretär Karl Lausecker.

Nachdem die Gemeinderäte Elfriede Schindler und Dr. Ferdinand Habl zu provisorischen Schriftführern gewählt worden waren, beschloß der Gemeinderat, sechs Vorsitzende zu wählen. Entsprechend der Stärke der Parteien schlug dafür die SPÖ 4, die ÖVP 2 Gemeinderäte vor. Von der SPÖ wurden die Gemeinderäte Gratz, Schreiner, Herbert Mayr und Maria Szöllösi nominiert, von der ÖVP Dr. Habl und Dkfm. Dr. Ebert.

Der Bürgermeister übergab dann den Vorsitz an Gemeinderat Schreiner, der die Wahl des Bürgermeisters leitete. Von 100 abgegebenen Stimmzetteln waren 31 leer und damit ungültig, 68 lauteten auf Leopold Gratz, eine auf Suttner. Damit war Leopold Gratz zum Bürgermeister wiedergewählt worden. (Starker langanhaltender Beifall von SPÖ und FPÖ.) In einer kurzen Erklärung versprache der Bürgermeister, seine gesamte Arbeitskraft und alle seine Fähigkeiten in den Dienst der Stadt Wien und ihrer Bürger zu stellen. Er sprach seinen offiziellen und persönlichen Dank allen ausscheidenden Mitgliedern des Gemeinderates aus und würdigte dabei besonders die Verdienste seines Amtsvorgängers Felix Slavik und der bisherigen Klubvorsitzenden Karl Mühlhauser und Dr. Wilhelm Stemmer.

Der Gemeinderat legte die Zahl der Stadträte mit elf fest, wobei von der SPÖ acht und von der ÖVP drei zu nominieren sind. Er beschloß außerdem eine neue Geschäftseinteilung in acht Verwaltungsgruppen.

Als Stadträte wurden gewählt: von der SPÖ Gertrude Fröhlich-Sandner, Kurt Heller, Ing. Fritz Hofmann, Hans Mayr, Franz Nekula, Hubert Pfoch, Univ.-Doz. Dr. Alois Stacher und Peter Schieder, von der ÖVP Dr. Günther Goller, Walter Lehner und Wilhelm Neusser.

Bürgermeister Gratz dankte den ausscheidenden Stadträten für ihr verdienstvolles Wirken.

Gertrude Fröhlich-Sandner wurde zum ersten Vizebürgermeister, Hubert Pfoch zum zweiten Vizebürgermeister gewählt.

Danach trat der Stadtsenat zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Wahl der Amtsführenden Stadträte zusammen. Künftig stellt nur mehr die SPÖ Amtsführende Stadträte. Entsprechend der neuen Geschäftseinteilung wurden folgende Amtsführende Stadträte gewählt:

Geschäftsgruppe 1, Personal und allgemeine Verwaltung: Stadtrat Kurt Heller.

Geschäftsgruppe 2, Finanzen und Wirtschaft: Stadtrat Hans Mayr.

Geschäftsgruppe 3, Kultur, Jugend und Bildung: Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner.

Geschäftsgruppe 4, ~~Soziales~~ und Gesundheit: Stadtrat Univ.-Doz. Dr. Alois Stacher.

Geschäftsgruppe 5, Stadtgestaltung und Verkehr: Stadtrat Ing. Fritz Hofmann.

Geschäftsgruppe 6, Umwelt und öffentliche Einrichtungen: Stadtrat Peter Schieder.

Geschäftsgruppe 7, Wohnen und Liegenschaftswesen: Vizebürgermeister Hubert Pfoch.

Geschäftsgruppe 8, Städtische Unternehmungen: Stadtrat Franz Nekula.

Stadtrat Univ.-Doz. Dr. Stacher wurde vom Stadtsenat einstimmig zum Amtsführenden Stadtrat gewählt, die anderen mit Mehrheit.

Für jede Geschäftsgruppe wurde ein Ausschuß des Gemeinderates gewählt, wobei die Zahl der Mitglieder jedes Ausschusses einstimmig mit 14 festgesetzt wurde. Jedem Ausschuß gehören 10 Gemeinderäte der SPÖ und 4 der ÖVP an. Die Ausschußmitglieder wurden mit den Stimmen der beiden großen Parteien gewählt.

Nach Durchführung dieser Wahlen übernahm wieder Gemeinderat Schreiner den Vorsitz und erteilte Bürgermeister Gratz das Wort zu seiner Antrittsrede.

Tiefe Verantwortung gegenüber den Wienern

In seiner großangelegten Antrittsrede vor dem Wiener Gemeinderat hob Bürgermeister Leopold Gratz eingangs hervor, daß zum erstenmal seit 1945 die Grundzüge für ein Arbeitsprogramm ausschließlich im Namen der Amtsführenden Stadträte der SPÖ vorgelegt werden. Der Bürgermeister erneuerte jedoch seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die sozialistische Mehrheit beginne ihre Arbeit mit tiefer Verantwortung gegenüber den Wienern und mit dem Gefühl des aufrichtigen Respekts vor der gewählten Volksvertretung.

Gratz verwies dann auf das Arbeitsprogramm der SPÖ, zu dessen Verwirklichung sich die Mandatäre verpflichten.

Zur neuen Geschäftseinteilung, die dem Gemeinderat in Kürze vorgelegt werden wird, sagte Gratz, daß ihr Vorteil darin liege, Doppel- und Vielfachkompetenzen zu beseitigen.

Als eine der ersten Aufgaben hob Gratz die Beratung der Wiener Verfassungsreform hervor: Verankerung der Fragestunde im Gemeinderat, Volksbefragung, Volksabstimmung, unabhängige Stellung des Kontrollamtes, mehr Kompetenzen für die Bezirksvertretungen und selbständige Bezirksamter als echte erste Instanz. Auch der Stellung Wiens als Bundesland wird größere Bedeutung zukommen müssen. Die Arbeitsbedingungen der Gemeinderatsklubs und der Mitglieder des Gemeinderates und der Zugriff zu Informationen soll erleichtert werden. Es soll eine Einrichtung geschaffen werden, die Anregungen und Beschwerden rasch und unbürokratisch behandelt. Der Bürgermeister kündigte auch eine Änderung des Wiener Wahlrechtes an.

Viele Probleme Wiens können nur in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gelöst werden. Der Bürgermeister zählte hier auf: Bestimmungen über Schadstoffemission von Kraftfahrzeugen, Förderung der Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz, baldige Verabschiedung des Mietengesetzes. Erfreulich sei, daß der Entwurf für die Änderung des Rundfunkgesetzes endlich eine Gleichstellung Wiens hinsichtlich des Landesstudios mit den anderen Bundesländern vorsieht. ./.

Was den Freizeitraum für die Wiener betrifft, ist sowohl eine Kooperation mit der Bundesregierung als auch mit Niederösterreich und Burgenland erforderlich.

Von den Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens nannte Gratz unter anderem Informationsstellen über Früherkennung von Krankheiten, Gesundenuntersuchungen, Betreuung der alten Mitbürger, Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten und von Zahnärzten, Ausbau des ärztlichen Nachtdienstes und des Rettungswesens, Durchleuchtung der Krankenanstalten, Erstellung eines Spitalsplanes mit dem Ziel, Krankenhausgruppen zu schaffen, die über Akutabteilungen, diagnostische Abteilungen, Abteilungen für chronisch Kranke und Pflegeabteilungen verfügen. Daneben sollen hochspezialisierte Zentren, kombiniert mit Forschungsinstituten geschaffen werden.

Für die alten Menschen unserer Stadt kündigte Gratz den Ausbau bzw. die Neuplanung von Wohneinheiten an, die dem "dritten Lebensalter" angepaßt sind, ferner den Bau von Pensionistenheimen und Pflegeheimen, Maßnahmen auf dem Gebiet der vorbeugenden Medizin, Aktivierung der Nachbarschaftshilfe und Ausbau der bewährten sozialen städtischen Dienste. Den Familien soll durch ein reiches Angebot an Serviceleistungen geholfen werden. Familienberatungsstellen, Kindergärten, Jugendzentren, Kinderspielplätze, Spielstraßen, Radfahrstraßen, Rodelwege, Öffnung der Sportplätze, Ausbau der Jugendberatungsstellen, Errichtung eines Jugendbeirates. Noch in diesem Jahrzehnt soll jedem Wiener Kind zumindest ein Jahr vor der Schule ein Kindergartenplatz gesichert sein.

Sport: Aufgabe wird es sein, möglichst viele Wienerinnen und Wiener zu aktiver körperlicher Betätigung zu bringen. Zu diesem Zweck soll das Angebot zur sportlichen Betätigung ausgeweitet werden. Durch die Schaffung eines eigenen Landessportamtes soll der Bedeutung des Sports Rechnung getragen werden. Ein Wiener Sportstättenplan ist in Arbeit.

./.

Als ein Grundrecht des Menschen bezeichnete der Bürgermeister das Leben in einer gesunden, ausreichend großen Wohnung. In der Durchführung des gemeinnützigen, besonders des kommunalen Wohnungsbaues sehe er ein wirksames Mittel, zeitgemäße Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Der Assanierung und Urbanisierung abgewohnter Stadtviertel wird zunehmendes Gewicht beizumessen sein.

Das derzeitige Bodenrecht erlaubt die Verdrängung der Wohnbevölkerung aus der Innenstadt, die Entstehung von Gastarbeiterelendsquartieren und die Verteuerung des Baugrundes für den gemeinnützigen Wohnbau. Wir erwarten vom Nationalrat die notwendigen Gesetze, die das profitorientierte Nutzungsrecht der Grundeigentümer zugunsten der Allgemeinheit einschränkt. Wir erwarten ferner die baldige Aufnahme von Verhandlungen über die Übertragung von Bundesgrundstücken, wie etwa nicht mehr notwendige große Güterbahnhöfe, in das Eigentum der Stadt Wien.

Die neue Bauordnung wird im Interesse der Bevölkerung auch strengere Bestimmungen enthalten, und zwar hinsichtlich des Umweltschutzes, des Wärme- und Schallschutzes und der Verpflichtung zur Schaffung von Kinderspielplätzen.

Die Fragen der Umwelt und ihre Gestaltung gehören zu den großen kommunalpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wenn sich auch in Wien glücklicherweise die Probleme nicht im selben hohen Ausmaß wie in anderen Ballungsgebieten stellen, darf das doch nicht Anlaß zur Selbstzufriedenheit sein. Gratz kündigte an, daß er in Kürze dem Gemeinderat den "Wiener Umweltbericht" vorlegen werde. Darin wird auch darauf hingewiesen, daß durch den steigenden Wohlstand die Bedürfnisse der Bevölkerung explosionsartig zunehmen. Gleichwertiges Ziel muß sein: höherer Wohlstand und Verbesserung der Qualität des Lebens. An notwendigen bundesgesetzlichen Maßnahmen nannte Gratz Lärmschutzvorkehrungen, Umstellung der Wiener Eisenbahnlinien auf Elektrizität, Ermächtigung, gegen das Parken von Tankfahrzeugen im verbauten Gebiet einschränkende Bestimmungen zu erlassen. An landesgesetzlichen Maßnahmen ist der Entwurf des neuen Garagengesetzes bereits fertiggestellt.

Wichtig werde auch die Novellierung des Gesetzes über Kanalanlagen mit dem Verbot der Einleitung von Kühlwasser sein, ebenso das Altöl-Beseitigungsgesetz. Das Feuerpolizeigesetz soll durch eine Novelle im Sinne einer verbesserten Luftreinhaltung ausgebaut werden. Besondere Bedeutung kommt dem sogenannten Baumschutzgesetz zu.

Zum Schutz des Bürgers werden die Hilfsdienste der Stadt Wien, wie Feuerwehr, Gebrechendienste, weiter ausgebaut werden. Die Bauarbeiten für den Schutz vor der Bedrohung durch ein Hochwasser der Donau werden weitergeführt, wobei in enger Zusammenarbeit mit der Architektenschaft vorgegangen wird.

Zur Kulturpolitik stellte der Bürgermeister fest, daß Wien nicht nur traditionell eine Stadt der Kunst sei. Es wurde vielmehr bewiesen, daß es auch in der Gegenwart imstande ist, bemerkenswerte Akzente in der europäischen Kulturlandschaft zu setzen.

Wir bekennen uns zu einer Bildungspolitik, die niemanden von bestimmten Chancen ausschließt oder benachteiligt. Ein integriertes Bildungs- und Freizeitsystem soll jedem erlauben, nicht nur sein persönliches Leben erfüllter zu gestalten, sondern auch aktiv am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen.

Wir bekennen uns zur Errichtung von Schulneubauten auch in den inneren Bezirken. Die Ganztagschule wollen wir zunächst als Versuch führen. Wir werden die Modernisierung und bauliche Sanierung der Berufsschulgebäude und die Schaffung moderner Lehrwerkstätten weiter betreiben. Schulen können auch für außerschulische Zwecke Zentren der Bildung, der Information und der Freizeitbeschäftigung sein.

Wir bekennen uns auch zum Ausbau und zur Vertiefung des Verhältnisses der Stadt zu den Hochschulen.

Das Einkommen des Wieners war noch nie in der Geschichte so hoch wie jetzt. Gleichzeitig aber war auch die Abhängigkeit von den Leistungen der Gemeinschaft noch nie so groß. Bei einem realen Wirtschaftswachstum von fünf Prozent tritt in knapp 20 Jahren eine Verdoppelung der Einkommen ein. Dies würde auch doppelt so hohe Wohnbedürfnisse, Verkehrs- und Erholungsbedürfnisse, Anforderungen an die Versorgung, des Energieverbrauches und der Entsorgung bedeuten. Eine verantwortungsbewußte Stadtverwaltung darf daher nicht zulassen, daß dem privaten Wohlstand



öffentliche Armut gegenübersteht. Geordnete Stadtfinanzen sind die Voraussetzung für ein glückliches und humanes Leben.

Die Stadtverwaltung muß zur Serviceeinrichtung ausgebaut werden. Eine mittelfristige Finanzplanung muß aufgebaut werden. Der wirtschaftlichen Entwicklung Wiens gilt besondere Aufmerksamkeit. Die Zahl der Betriebsstättengründungen von Wiener Betrieben in Niederösterreich und Burgenland erhöhte sich seit 1955 von Jahr zu Jahr. Bis 1964 gab es 101 solcher Gründungen in Niederösterreich und Burgenland. Von 1965 bis 1969 waren es 110. Diese Tatsachen müßten aufhorchen lassen. Wien muß ein lebendiges Zentrum der Industrie, des Gewerbes und des Handels bleiben. Der Bürgermeister kündigte an, daß er unmittelbar nach dieser konstituierenden Sitzung einen Wirtschaftsbeirat einberufen werde.

Zum Problem der Gastarbeiter: der Gastarbeiterzustrom hat in Wien lediglich geholfen, den Verlust an inländischen Arbeitskräften abzudecken. Zwischen 1962 und 1972 hat sich die Zahl der in Wien beschäftigten Inländer um 90.000 verringert. Österreich und Wien braucht also die Gastarbeiter. Wir legen aber Wert darauf, die Zuwanderung kontrolliert zu gestalten. Wir lehnen es ab, Gastarbeiter bevorzugt zu integrieren, lehnen es aber auch ab, ihre Integration zu erschweren.

Der Verkehr ist ein Hauptproblem aller Weltstädte. Es geht aber nicht um eine irrationale Kampagne gegen das Auto, sondern um eine Erziehung zu seiner vernünftigen Verwendung. Folgende Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs in den nächsten fünf Jahren hob Gratz besonders hervor:

Errichtung des Verkehrsverbundes, wobei Wien der Ausbau des U-Bahn-Netzes zügig fortsetzen wird. Das Schnellbahnnetz der ÖBB soll möglichst **rasch erweitert** werden. Die öffentlichen Verkehrsmittel sollen möglichst unbehindert auf unseren Straßen fahren können, mehr moderne und leistungsfähige Verkehrsmittel sollen die Attraktivität des bestehenden Personennahverkehrs steigern.

Für die Versorgung der Wiener mit Energie ist Vorsorge getroffen, sowohl bei elektrischem Strom wie auch beim Gas. Für die Koordinierung der Energieversorgung wurde ein Energiekonzept erstellt, das dem Gemeinderat in Kürze zur Kenntnis gebracht wird.

Zu Fragen der Stadtplanung kündigte Gratz die Fortführung der Leitliniendiskussion an, ferner eine Überarbeitung der begonnenen Planungskonzepte für Wohnen, Arbeitsstätten, Erholungsräume, Verkehr und Umweltschutz. Angestrebt wird ein Generalplan für Wien, der ständig fortzuschreiben wäre. Gratz macht aber auch darauf aufmerksam, daß leidvolle Erfahrungen der Vergangenheit die Stadtplanung zwingen werden, die ansonsten gebotene Transparenz im Interesse der Wiener Bürger außer acht zu lassen, um Spekulationen zu verhindern.

Wien habe die große Chance, aus der Randlage des freien Europa wieder in die Zentrallage Gesamteuropas zurückzukehren. Als wesentliche Voraussetzung bezeichnete Gratz die Errichtung der UNO-City.

Auf dem Gebiet des Informationswesens bekannte sich der Bürgermeister zu der Verpflichtung der Stadt Wien, zu einer guten und die Zusammenhänge aufzeigenden Sachberichterstattung. In diesem Zusammenhang forderte Gratz allerdings die Tageszeitungen zu einer Überprüfung ihrer Lokalberichterstattung auf. Er sei sich darüber im klaren, daß die Fragen unserer Städte nicht täglich die Titelseiten füllen werden. Aber zwischen diesem Extrem und dem des völligen Verschwindens der kommunalen Fragen in der Presse gibt es sicherlich eine andere Möglichkeit.

Abschließend richtete Gratz einige Worte an die jungen Menschen unserer Stadt. Uns freut das Interesse der Jugend und ihre Aktivität. Ihre radikalen Anliegen sind für uns keine Schreckgespenster, sondern wichtige Denkanstöße. Wir nehmen das Versprechen, die jungen Menschen unserer Stadt zur Mitarbeit heranzuziehen und sie mitentscheiden zu lassen, sehr ernst.

Der Bürgermeister schloß seine Ausführungen mit der Überzeugung, daß die Wiener Bevölkerung in fünf Jahren nicht über unsere Reden, sondern über unsere Taten ihr Urteil sprechen werde.

./.

Für die ÖVP: Hahn

Als erster Debattenredner nahm GR. Hahn namens der ÖVP zur Erklärung von Bürgermeister Gratz Stellung: Seine Partei habe zum zweitenmal Leopold Gratz nicht als Bürgermeister gewählt, was lediglich als politische Demonstration, nicht aber als gegen die Person Gratz gerichtet zu werten sei. Dies sei deshalb geschehen, weil Gratz das Erbe Slaviks nicht habe abschütteln können. Den Stadträten hingegen habe die Volkspartei entsprechend den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie ihre Stimmen gegeben. Bürgermeister Gratz habe sehr glaubwürdig die Notwendigkeit von Verfassungsänderungen hervorgestrichen. In der kritiklosen Vollziehung der SPÖ-Vorstellungen über den Bau der Donauinsel und der UN-City sei Gratz jedoch ein Gefangener seiner Partei.

Die Volkspartei sei, so betonte Hahn, keineswegs grundsätzlich gegen den Hochwasserschutz oder die Ansiedlung der internationalen Organisationen. Ihre Kritik richte sich vielmehr gegen das gigantische Ausmaß dieser beiden Projekte. Seiner Meinung nach biete sich gerade die Donauinsel dafür an, die Wiener Wähler direkt um ihre Meinung zu fragen, eine Volksabstimmung dränge sich geradezu auf. Die Frage sei, ob für diese Projekte viele Milliarden Schilling hinausgeworfen werden sollen.

Die ÖVP stehe zu den Beschlüssen des Gemeinderates und des Parlamentes sowie zum IAKW-Gesetz, durch die der Bau eines Konferenzentrums für 2.400, aber nicht für 8.000 Personen, vorgesehen sei ("Woher nehmen Sie die 8.000 Personen?", rief Vizebürgermeister Pfoch. "Sie sind in einem Brief von Bürgermeister Gratz an Frau Stadtrat Schaumayer genannt, replizierte Hahn). An der Schützenhilfe für Kreisky zu der Gratz offenbar gezwungen worden sei, sei in Wahrheit die Zusammenarbeit im Rathaus gescheitert.

Der VP-Sprecher kritisierte, daß der Bürgermeister heute zwar zahlreiche gute Formulierungen gefunden, aber keine konkrete Zahlen und Angaben gemacht habe. Dies offenbar deshalb, um sich die Verlegenheit vom vorletzten SP-Programm zu ersparen, das wie etwa bei den Wohnungen nicht erfüllt worden sei. Im jetzigen Arbeitsprogramm der Sozialisten sei ein Prioritäten- und

Finanzierungsplan, wie er von der ÖVP oft vergebens verlangt worden sei, zwar enthalten, doch habe Gratz dazu keine präzisen Angaben gemacht. Während man für den lebensnotwendigen U-Bahn-Bau eine Sondersteuer eingeführt habe, wolle man die Donauinsel aus den normalen Steuermitteln finanzieren. Dabei seien die voraussichtlichen Kosten für die Insel von 3,5 auf fünf Milliarden und für die UN-City von 3,5 auf zehn Milliarden gestiegen. Jede künftige Steuer- und Tariferhöhung in Wien sei daher mit einer Inselsteuer oder eine UN-City-Steuer gleichzusetzen. Die ÖVP jedenfalls werde massiv die Interessen der Wiener Steuerzahler vertreten und Tariferhöhungen ablehnen.

Heute sei nach 28 Jahren die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Rathaus beendet worden, fuhr Hahn fort. In einer ausführlichen Retrospektive hob der VP-Sprecher den wesentlichen Anteil der bisherigen ÖVP-Stadträte am Wiederaufbau Wiens in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung hervor. In den letzten Jahren hätte sich in der Öffentlichkeit die Kritik an der Kooperation verstärkt und die ÖVP sei für zahlreiche Fehlleistungen der Sozialisten mitverantwortlich gemacht worden. Da die Wiener Verfassung anders als in den meisten Städten und Bundesländern geartet sei, hätte die Volkspartei einen Schlußstrich gezogen und klare Verhältnisse geschaffen. Diese Oppositionsrolle bedeute jedoch keine Opposition zu Wien, sondern werde eine genaue Kontrolle der SPÖ-Verwaltung, konstruktive Kritik und die Vorlage besserer Konzepte beinhalten. Da es sich leider gezeigt habe, daß die geringe Wahlbeteiligung des Jahres 1969 kein Einzelfall geblieben sei, müsse eine stärkere Aktivierung der Bevölkerung versucht werden: Wenn der Bürger nicht zur Urne komme, müsse man die Urne zu ihm bringen. Mit diesen Worten trat Hahn für die Einführung der Briefwahl ein. Daß die SPÖ nun die oft von der ÖVP geforderte Demokratisierung akzeptiere, sei zu begrüßen. Seine Partei erwarte auch die Vorlage eines Prioritäts- und Zeitkostenplanes sowie ein mittelfristiges Investitionskonzept. Wenn Bürgermeister Gratz heute wieder das Schlagwort von der öffentlichen Armut gebraucht habe, so sei er freilich im Hinblick auf die Gigantomanie bei der Donauinsel und der UN-City ungläubig geworden.

Die Volkspartei sei ebenfalls für eine Zusammenarbeit zwischen Wien und der Region sowie mit dem Bund, doch sei nicht zu übersehen, daß die SPÖ-Regierung seit 1970 für Wien weniger getan habe als vorher die ÖVP-Alleinregierung. So habe man heute nichts von einer Vergrößerung des Bundeszuschusses für die U-Bahn von Bürgermeister Gratz gehört. Auch Aussagen über den Abbau des gigantischen Spitalsdefizites vermißte Hahn ebenso wie präzise Aussagen, wie der Massenverkehr tatsächlich gefördert werden solle. Was die neue Geschäftseinteilung des Magistrates angehe, so könne man von einer Husch-Pfusch-Reform sprechen. Die "Rathaus-Korrespondenz", fuhr Hahn fort, müsse zur objektiven Information verpflichtet werden und politische Werturteile, wie sie in letzter Zeit immer häufiger geworden seien, unterlassen. Die ÖVP rege an, den Stil und die Führung des PID neu zu überdenken.

Bei den Problemen des Umweltschutzes bot Hahn die Mitarbeit seiner Fraktion an, setzte sich auch für eine vernünftige Bodenordnung ein, die freilich weder zu einer Hortung durch die Stadt, noch zu Spekulationen führen dürfe. Bei der Stadterneuerung müssen die Probleme der alten Mieter besonders berücksichtigt werden. Der Personalmangel in den Spitälern müsse behoben und ein freiwilliger Sozialdienst in Erwägung gezogen werden.

Für den öffentlichen Verkehr seien Proklamationen zu wenig und es müßten klare Ausbau- und Finanzierungskonzepte vorgelegt werden. Die derzeit bestehenden Autobahntrassen sollten seiner Meinung nach neu überdacht und eventuell das Bundesstraßengesetz novelliert werden. Es gebe zudem noch eine Reihe anderer anstehender Probleme, wie die Altstadterhaltung, die Kunstförderung oder Leistungen für die Jugend. Was schließlich das Personal angehe, so erwarte die ÖVP jene demokratische Toleranz, zu der sich Bürgermeister Gratz überzeugend bekannt habe. Abschließend erklärte Hahn, die ÖVP werde keine Nein-Sager-Partei sein, sondern konstruktiv an der Entwicklung Wiens mitarbeiten und dabei die notwendigen Kontrollen ausüben.

#### Für die FPÖ: Hirnschall

Nächster Redner war der FPÖ-Gemeinderat Dr. Erwin Hirnschall: Er forderte zunächst eine Reform des zur Zeit in Wien geltenden ungerechten Wahlrechtes. Bei einem Wahlsystem, wie es etwa für den Nationalrat oder für die meisten anderen Landtage Geltung hat, hätte die FPÖ mit ihren 7,7 Prozent der Stimmen Anspruch auf acht Mandate.

So wie das Wahlrecht gebe es jedoch noch vieles andere, was in dieser Stadt auf eine Reform warte. "Wir stehen vor einem neuen Abschnitt in der Kommunalpolitik in Wien, in dem dem Bürger mehr Recht als bisher eingeräumt werden müßte. Man werde eine neue Verfassung beschließen müssen mit Volksbefragung, Volksbegehren und einer rechtlichen Basis für Bürgerinitiativen. In diesem Demokratisierungsprozeß werden die Bezirksvertretungen als Bindeglied zwischen dem Rathaus und der Bevölkerung neue und zusätzliche Aufgaben bekommen müssen. Als Beispiel für eine solche positive Meinungsäußerung der Bevölkerung nannte Hirschnall die vor einigen Wochen von einem privaten Komitee in Grinzing durchgeführte Volksbefragung, bei der sich etwa 90 Prozent für den absoluten Schutz dieser Grünzonen aussprachen. Solche Meinungsäußerungen wären eine Legitimation, auch in Wien ein wirksames Grundverkehrs- und Landschaftsschutzgesetz zu beschließen, das die Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Kulturflächen wirksam unterbindet.

Im weiteren Verlauf befaßte sich der Redner mit dem Gesundheitswesen, wobei er auf das in Wien bestehende Spitalsdefizit in der Höhe von zwei Milliarden Schilling im Jahr hinwies. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern gebe es in Wien keinen Spitalsplan, sondern nur einen Entwurf dazu, der jedoch vom Rechnungshof als völlig unbrauchbar bezeichnet wurde. Ebenso kritisierte er den Umstand, daß infolge einer starken Überalterung der Bevölkerung ständig mehr als tausend alte Menschen auf ein Bett in Lainz warten müßten.

Zur Stadtplanung: Hier bestehe über die wichtigsten Zukunftsfragen kein klares Bild. Niemand wisse heute, welche der Stadtautobahnen und Schnellstraßen, die im Bundesstraßengesetz 1971 festgelegt sind, wirklich gebaut werden sollen. Desgleichen habe die Gemeinde bisher keinerlei Vorstellungen entwickelt, in welcher Weise der Schnellbahnverkehr ausgebaut und mit der U-Bahn verknüpft werden soll.

Die Stadtentwicklung vollziehe sich auch heute noch improvisiert und nicht auf der Grundlage eines Generalplanes, was zur Folge hätte, daß niemand beurteilen kann, ob verschiedene Maßnahmen später einmal in ein Entwicklungskonzept integriert werden können.

Zur Person des neuen Bürgermeisters: Der 21. Oktober sei ein großer persönlicher Erfolg von Bürgermeister Gratz gewesen. Drei Maßnahmen, die in einem direkten Zusammenhang mit dem heutigen

Tag stehen, bezeichnete der Redner als ausgesprochen positiv: die Auflösung überflüssiger Magistratsabteilungen, die Reduzierung der Ressorts von 14 auf nunmehr acht sowie die Auflösung der mittlerweile längst steril und sinnlos gewordenen Rathaus-Koalition. Weiter habe die FPÖ die Ankündigung als überaus positiv registriert, daß man sich künftighin bemühen werde, durch verbesserte Information und verbesserte Arbeitsmöglichkeiten auch für die Oppositionsparteien annähernd gleiche Bedingungen zu schaffen.

Abschließend meinte der Debattenredner der FPÖ: "Auch wir sehen Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte in unserer Arbeit. Wir werden keine Neinsager aus Prinzip sein, sondern Opposition in vernünftiger und verantwortungsbewußter Form betreiben."

Die Sozialistische Partei hat bis zum 21. Oktober eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung genommen, betonte Gemeinderat Reinhold Suttner zu Beginn seiner Ausführungen. Das Ergebnis von 60,2 Prozent der Wählerstimmen spreche für sich. Die Wähler hätten die besseren Programme der SPÖ entsprechend honoriert. Die ÖVP werde durch ihre ablehnende Haltung kaum aus ihrem derzeitigen "permanenten Schwächezustand" herauskommen.

Erstmals trete in der Zweiten Republik der Umstand ein, daß Amtsführende Stadträte nur von einer politischen Partei gestellt werden. Suttner: "Ich möchte namens der Sozialistischen Fraktion in diesem Haus ausdrücklich erklären, daß wir gerne die alleinige und volle Verantwortung für alle Entscheidungen in dieser Stadt übernehmen, weil wir von der Richtigkeit unserer Bestrebungen im Interesse der Stadt Wien und im Interesse der Wienerinnen und Wiener voll und ganz überzeugt sind".

Wo immer jedoch eine Basis sei, werde die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen gesucht und auch gefunden werden, unterstrich Suttner. Die Mehrheit des Hauses strebe keine absolute Herrschaft an. Die Kompromißbereitschaft dürfe jedoch nicht darin bestehen, daß die Mehrheit nur zu geben und die Minderheit nur zu fordern hat.

Eine wesentliche Aufgabe sei es, wie im Arbeitsprogramm dargelegt, die öffentlichen Einrichtungen und die Verwaltung ständig den geänderten Bedürfnissen und Verhältnissen anzupassen und für ihre qualitative Verbesserung zu sorgen.

Die im Arbeitsprogramm angekündigten Verfassungsänderungen sollen zur Aktivierung der Teilnahme und Mitarbeit der Gemeinde-

bürger führen. Dazu dienen insbesondere die Einführung der Volksbefragung und Volksabstimmung sowie die Mitwirkung bei Planungsvorhaben.

GR. Suttner plädierte mit Nachdruck für eine enge Zusammenarbeit und echte Partnerschaft mit der Bundesregierung und den Bundesländern. Suttner: "Die Regierung Klaus hat fast nichts, die sozialistische Bundesregierung sehr wesentliche Leistungen für Wien erbracht." Suttner wies in diesem Zusammenhang auf die jetzt erzielten Fortschritte mit der dritten Wiener Wasserleitung und in der Frage der Vorfinanzierung hin.

Besonders notwendig sei schließlich auch eine geordnete Bodengesetzgebung. Wer nicht die profitable, sondern die menschliche Stadt im Auge habe, könne sich nicht einer raschen Verabschiedung der im Parlament liegenden bodenrechtlichen Neuordnung verschließen.

Der Redner unterstrich ferner die wachsende internationale Bedeutung der Bundeshauptstadt. Mit der Errichtung des Amtssitzes internationaler Organisationen und des internationalen Konferenzentrums werde Wien weitere große Entwicklungschancen erhalten. Suttner sprach sich namens der Sozialistischen Fraktion mit aller Deutlichkeit für die gemeinsame Verwirklichung dieses Projektes in Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt Wien aus.

Das vorliegende Arbeitsprogramm präsentiere für viele Bereiche faszinierende Lösungen. Es sei zukunftsweisend, aber nicht utopisch. Auf dieser Basis solle in den nächsten fünf Jahren gearbeitet werden, für Wien, als eine Stadt für alle Menschen.... eine Stadt, deren Kern nicht entvölkert wird und die nicht in der Technik erstickt, eine Stadt, in der die Bürger über die Zusammenhänge informiert sind und im Interesse der Gemeinschaft mitarbeiten.



Konstituierung des Wiener Landtages

Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung fand die konstituierend Sitzung des Wiener Landtages statt. Abgeordnete Maria Hlawka (SPÖ) wurde einstimmig zum Ersten Präsidenten gewählt. Der scheidende Erste Landtagspräsident Dr. Stemmer dankte in seinem Namen und im Namen des ebenfalls ausscheidenden **Dritten** Präsidenten, Abg. Mühlhauser (ÖVP), für das Vertrauen der Wiener und die sachliche Arbeit aller. Dr. Stemmer und Mühlhauser hatten dem Landtag seit dem Jahre 1945 angehört.

Ebenfalls einstimmig wurden Otto Schweda (SPÖ) und Fritz Hahn (ÖVP) zum Zweiten, beziehungsweise Dritten Präsidenten des Landtages gewählt. Nach der Wahl der Mitglieder für die Ausschüsse des Landtages wurden die zwölf Abgeordneten des Bundesrates und deren Ersatzmänner gewählt. Wie bisher entfallen acht Bundesräte auf die SPÖ, vier auf die ÖVP. Es sind dies für die SPÖ Dr. Franz Skotton, Franz Bednar, Hans Böck, Josef Seidl, Fritz Prechtl, Dr. Hilde Hawlicek, Rosa Heinz und Franz Rosenberger, für die ÖVP lautete der Vorschlag: Kommerzialrat Franz Walzer, Johann Wagner, Prof. Dr. Josef Frühwirth und Regierungsrat Karl Bocek. Bei der Abstimmung enthielten sich die Mitglieder der FPÖ der Stimme.

In einer kurzen Erklärung betonte der neue Landtagspräsident Maria Hlawka, daß das Ziel der Arbeit in Wien vom Bürgermeister in seiner Rede abgesteckt worden sei. Maria Hlawka gab die Versicherung ab, daß sie sich jederzeit bemühen werde, dem Landtag objektiv zu präsidieren. Gerade die Gleichberechtigung der Bundesländer betone auch die Gemeinsamkeit, die Liebe zur engeren Heimat dürfe kein Bekenntnis zu Landesgrenzen sein. Es gelte im Interesse Österreichs und im Interesse aller Österreicher zu arbeiten. Dafür werde sie ihr Bestes geben.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

L o k a l :

=====

weihnachtsbaum gluecklich in wien  
feierliche uebergabe bei der strassenbahnremise rudolfsheim

11 wien, 23.11. (rk) hunderte wienerinnen und wiener nahmen freitag nachmittag bei der strassenbahnremise rudolfsheim in der mariahilfer strasse an der feierlichen uebergabe des weihnachtsbaumes teil, der heuer vom land niederosterreich der wiener bevoelkerung geschenkt wurde. nach einem staendchen von mehreren schulklassen aus dem 15. bezirk begruesste bezirksvorsteher max e d e r die festgaeste. als vertreter des landes niederosterreich uebergab landesrat oekonomierat matthias b i e r b a u m den weihnachtsbaum und sagte, dass mit diesem geschenk die besondere geographische und menschliche verbundenheit zwischen niederosterreich und wien zum ausdruck kommen moege. nach der panne mit dem urspruenglich vorgesehenen weihnachtsbaum, der gestern beim faellen in die falsche richtung gefallen und dabei zerbrochen war, haetten sich sofort mehrere bauern aus dem selben ort bereit erklaert, einen baum aus ihren waeldern zur verfuegung zu stellen. niederosterreich versorge die wiener bevoelkerung jaehrlich mit rund 200.000 christbaeumen, sagte landesrat bierbaum. der grosse baum fuer den rathausplatz moege der erste gruss dieser anderen weihnachtsbaeume sein.

vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r dankte fuer das geschenk und wuerdigte diese weihnachtsaktion der bundeslaender als liebgewordene tradition, die der verbundenheit aller oesterreicher diene. ''wir sind gluecklich, dass das malheur mit dem ersten baum keine tragischen folgen gehabt hat,'' sagte die vizebuergemeisterin, und lud abschliessend alle wienerinnen und wiener zur festbeleuchtung des baumes am 4. dezember 1973, um 17 uhr, auf dem wiener rathausplatz ein.

'weisse maeuse'' der wiener polizei gaben anschliessend dem schwertransport das geleit ueber die mariahilfer strasse, ueber den ring bis zum bungtheater, wo die fahrzeugkollone auf den rathausplatz einbog.

l o k a l :

=====

gelsenkirchenreise fuer den 110.000 ausstellungsbesucher

5 wien, 23.11. (rk) mit einer tollen ueberraschung endete fuer herrn ingenieur alfred b a j a k aus wien-fuenfhaus der besuch der ausstellung ''rathausjubilaeum 73''. das sportmagazin ''sport und toto'' stellte als geschenk eine reise zum laendermatch des jahres nach gelsenkirchen inklusive matchkarte zur verfuegung.

verlagsdirektor fritz a. s c h w a r z hatte nur eine forderung an den jubilaeumsgast gestellt, naemlich, dass er die oesterreichische nationalmannschaft stimmkraeftig anfeuern muesse.

der pressechef der stadt wien, prof. alois b r u n n - t h a l e r , ueberreichte dem jubilaeumsgast als bleibende erinnerung einen goldenen rathausmann.

1303